

Kurze Wahlanalyse des scheidenden CDU-Landesvorsitzenden

Althusmann: Sorgen über Inflation und Energiepreise sind Grund für Sieg von Weil als Amtsinhaber

Donnerstag 13. Oktober 2022 - **Hannover (wbn)**. **Bernd Althusmann, der noch am Wahlabend aufgrund des Scheiterns seiner Partei den Rücktritt als Landesvorsitzender der CDU bekannt gegeben hatte, hat sich jetzt mit einer Erklärung an die CDU-Mitglieder in Niedersachsen gewandt.**

Althusmann schreibt in seinem Mitgliederbrief: „In Niedersachsen bei der Landtagswahl am 9. Oktober haben wir unser Wahlziel nicht erreicht. Wir wollten stärkste Kraft in unserem Bundesland werden, Rot-Grün verhindern und Zustimmung zu unseren landespolitischen Angeboten erhalten. Die Sorgen über explodierende Energiepreise und steigende Inflation waren jedoch offenbar so stark, dass viele Wählerinnen und Wähler dem Amtsinhaber folgten. Er hat einen klaren Regierungsauftrag erhalten.“

Fortsetzung von Seite 1

Für mich persönlich habe ich bereits Konsequenzen gezogen: Ich werde für den Landesvorsitz der CDU in Niedersachsen nicht mehr kandidieren. Die Neuwahl bereiten wir gerade vor.

Die CDU in Niedersachsen hat 1.017.106 Stimmen erhalten. Das sind rund 260.000 Stimmen weniger als 2017 bei einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung von 60,3%. Mit 28,1% der Stimmen liegen wir leicht über dem aktuellen Bundestrend. Aber es bleibt ein schlechtes Ergebnis. Unser bisheriger Koalitionspartner musste ebenfalls Verluste verzeichnen. Die SPD ist mit 33,4% stärkste Kraft, hat aber ihr drittschlechtestes Ergebnis erhalten. Dennoch reicht es für eine rot-grüne Mehrheit. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen versammeln sich die Menschen in Krisenzeiten offenbar hinter dem Ministerpräsidenten.

Diesen Trend konnten wir ebenfalls in Schleswig-Holstein und NRW sehen. Zum anderen sind

Althusmann: Sorgen über Inflation und Energiepreise sind Grund für Sieg von Weil als Amtsinhaber

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 13. Oktober 2022 um 19:22 Uhr

wir mit dem Ansatz, neben landespolitischen Schwerpunkten auch eine Abstimmung über die Energiepolitik der Ampel in Berlin durchzuführen, nicht durchgedrungen.

In den kommenden Tagen und Wochen, insbesondere auf einem außerordentlichen Landesausschuss am 4. November, werden wir uns mit den Ursachen befassen und die Weichen für die Zukunft stellen.“